

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M. in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preissätze ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unbedingt geschehen oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mfr. das Ausland, auswärts Postgebühren. / Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Dienstag, den 27. Januar 1931

33. Jahrg

## Unsere Zahlungsbilanz 1930.

Aus den bisher vorliegenden Schätzungen über die Umsätze Deutschlands mit dem Ausland im Waren-, Dienst- und Kapitalverkehr haben sich drei Vorgänge als bestimmend heraus:

1. Die Bilanz des Warenhandels schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von 1,5 Milliarden Rm. ab (im Vorjahr war sie ausgeglichen).

2. Der Mittelsaldo aus dem Warenhandel und aus den Dienstleistungen (zusammen rund 1,9 Milliarden Rm.) bleibt aber noch um rund 1 Milliarde Rm. hinter dem Passivsaldo aus Zinszahlungen und Reparationszahlungen zurück. Der Ausgleich ist, wie in allen Jahren seit 1924, durch einen Ueberschuß der Kapitalzufuhr über die Kapitalausfuhr erfolgt.

3. Die „Ausfuhr“ kurzfristigen Kapitals war beträchtlich (sie betrug mindestens 1,25 Milliarden Rm., nach der — bisher möglichen — hohen Sachordnung 1282 Millionen Rm.). Sie war überwiegend durch die politischen Ereignisse bestimmt und hat vor allem in den Monaten September und Oktober stattgefunden. Diese Kapitalausfuhr geschah hauptsächlich in Form von Abfuhr kurzfristiger ausländischer Kredite, durch Abfuhr deutscher Effekten, die sich in ausländischem Besitz befinden, und durch Abfuhr deutscher Vermögen ins Ausland (Kapitalflucht). Im ganzen war aber trotzdem im Verlaufe des Jahres die Kapitalzufuhr größer als die Kapitalausfuhr, und zwar, wie oben festgestellt, um rund 1 Milliarde Rm. gegenüber 2,9 Milliarden Rm. im Vorjahre.

Die Aktivierung der Außenhandelsbilanz, die sich in der Tendenz seit 1928 anschaut, hat, ist zunächst ein struktureller Vorgang. Deutschland hat einen wesentlichen Teil seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen und der Reparationen aus dem Ueberschuß des Waren- und Dienstverkehrs gezahlt.

Dieser strukturelle Vorgang ist im Jahre 1930 durch die Wirkungen von Krisis und Depression in Deutschland und in der Weltwirtschaft verstärkt worden. Auf der einen Seite hat sich der Einfuhrbedarf der deutschen Wirtschaft stark vermindert. Ein großer Teil des Einfuhrbedarfs konnte zudem wegen der Preisstöße auf den internationalen Rohstoffmärkten zu außerordentlich niedrigen Preisen gedeckt werden. Beide Momente zusammen haben die Summe der Einfuhrwerte stark vermindert. Auf der anderen Seite konnte Deutschland zwar keine Ausfuhr auch nicht im bisherigen Umfang aufrecht erhalten. Die Abfuhr der Ausfuhr waren aber nicht so groß wie die Verminderung der Einfuhr, zumal sich die Preisstöße in der deutschen Ausfuhr wegen des hohen Antriebs der Fertigung bei weitem nicht so stark ausgewirkt hat wie in der Einfuhr.

Der Mittelsaldo der Dienstleistungen (der gegenwärtig noch nicht genau übersehen werden kann) ist mit einem niedrigeren Posten als im Vorjahre eingeleitet worden (Mittelsaldo im Schiffverkehr usw., niedrigere Frachten). Der Passivsaldo der Zinsbilanz hat sich entsprechend der Zunahme der Verschuldung an das Ausland nicht unbedeutend erhöht. Die Reparationsleistungen sind im ersten Jahre des Youngplans um fast 2½ Milliarden Rm. niedriger als im Normaljahr des Dampesplans.

Der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken hatte den ersten Stoß der Kreditflühdungen und der Kapitalflucht im September und Oktober auszuhalten. Da er aber in den ersten Monaten des Jahres beträchtlich angewachsen war und im November des Jahres auch wieder zum Teil ausgefüllt wurde, beträgt die Verminderung per Saldo in den ersten 11 Monaten nur 376 Millionen Rm. (als Schätzung für das ganze Jahr wurde mit 375 Millionen Rm. gerechnet).

Als wichtigste Posten der neuangewonnenen langfristigen Auslandsanleihen erscheinen die Younganleihe, die Böhmbanleihe des Reiches und die große Siemensanleihe; unter den im Ausland neuangewonnenen kurzfristigen Krediten tritt der Ueberbrückungskredit des Reiches hervor.

## Ein Wirtschaftsführer spricht.

Silberberg über die Lage.

München, 24. Januar.

Auf Einladung des Akademisch-politischen Klubs in München sprach Dr. Paul Silberberg über die Wirtschaftslage. Das für die deutsche Krise entscheidende Moment lag

er in der Kapitalverteilung, die herbeigeführt sei durch die Erträge, das überreichliche Bereitstellen von Auslandsgeld zu Zinszinsen, die kein Zeit erarbeiten könne, und weiter durch die Schäden, die die planwirtschaftlich-fiskalisches Experimente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugefügt hätten.

Von entscheidender Bedeutung sei die Wirtschaftspolitik und Finanzgebarung der öffentlichen Hand.

Deshalb müsse die Wirtschaft verlangen, daß die Haushalte ausgeglichen würden. Die Balancierung der öffentlichen Haushalte müsse leicht auf Kosten neuer Steuern erfolgen, wenn es auf dem Wege der Sparmaßnahmen allein nicht gelinge.

Stichtisch Arbeitzeit und Lohn gebe es den Unternehmern nicht darum, die arbeitenden Massen schlechter zu stellen, denn sie seien sich der Bedeutung des Massenkonsums wohl bewußt.

Wir müßten aber nicht durch die Zwangswirtschaft herbeigeführten Einkarrung des Rohstoffpreises und der Selbstkosten heraus, die uns gehindert habe, aus dem Absinken der internationalen Rohstoffpreise für das eigene Land Nutzen zu ziehen. Wir müßten heraus aus der Zwangswirtschaft im Wohnungsbau und im Bergbau. Wir brauchen Rückkehr zum wirtschaftlichen Lohn und zur wirtschaftlichen Arbeitzeit.

Das Reparationsproblem dürfe erst dann angefaßt werden, wenn mindestens gleichzeitig die Grundfragen für den Wiederaufbau und die Ordnung unserer inneren wirtschaftlichen Verhältnisse gelöst seien.

Statt unzeitige Verhandlungen zu führen, heiße es, auf die Föhne zu gehen und zu warten. Die Regierung verdiene schwere Vorwürfe, die nochmals vorzeitig das deutsche Volk zum Objekt derartiger schwerwiegender Verhandlungen mache, wie wir sie bereits zweimal erlebt hätten. In unfernen Steuerbüchern werde der Steuerpunkt noch mehr von der direkten auf die indirekte Besteuerung verlagert und der entbehrliche Konsum noch mehr belastet werden müssen, selbst wenn dadurch wichtige Industriezweige noch weiter gefördert würden.

Wer den Wiederaufbau unserer Freiheit wolle, der müsse die Autorität des Staates stärken. Der Staat selbst aber werde sich darauf besinnen müssen, daß seine Aufgabe die Wahrung von Freiheitsrechten, nicht aber die Teilnahme am Wirtschaftskampf sei.

## Der Verkehretat im Ausschuß.

Die ungünstige Finanzlage der Reichsbahn.

Berlin, 25. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm bei der Beratung des Verkehretats Reichsverkehrsminister von Güterad das Wort zu einer ausführlichen Darstellung der Lage des deutschen Verkehrswezens.

Die finanzielle Lage der Reichsbahn ist nach der Darstellung des Ministers sehr ungünstig.

Ihre Gesamtbilanz durch Reparationsleistung, Beförderungssteuer, Dividendenzahlung und Abgaben beträgt rund 1300 Millionen Rm. gegenüber den 1000 Millionen, die in dem Wirtschaftsjahr 1913 von sämtlichen deutschen Staatsbahn-Unternehmungen zusammen erzielt wurden.

Bei dieser Lage fordern der Minister einer weiteren Tarifsenkung festlich abzuweisen.

Er hofft aber, eine gewisse Sprachänderung der Tarife im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beleg zu erreichen, das den Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Kraftwagen regeln soll.

Unter lebhafter Zustimmung des Ausschusses bezeichnete der Minister die Höhe der Gehälter der leitenden Beamten in der Reichsbahnverwaltung als nicht gerechtfertigt. Er sprach die Hoffnung aus, daß in der Sitzung des Verwaltungsrats am Montag eine Verringerung erfolge.

In der allgemeinen Ansprache wurde von allen Rednern ein stärkerer Einfluß des Reichsverkehrsmisters auf die Verhältnisse bei der Reichsbahn gefordert. Die Einzelberatung des Verkehretats soll am Montag erfolgen.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Starker Zugang Arbeitsloser aus dem Baugewerbe.

Berlin, 25. Januar.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung rund 2 296 000, aus der Arbeitslosenversicherung rund 739 000 Arbeitslose unterstellt.

Gegenüber dem vorigen Stichtag bedeutet das eine Zunahme um rund 230 000 bzw. um 62 000.

Unter den am 15. Januar bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Abzug der noch in Stellung oder in Wartensabstand befindlichen — und 4 765 000 Arbeitslose. Zu ihnen gehören außer den Unterstützungsempfängern noch die von der öffentlichen Fürsorge betreuten (Wohlfahrtsvereine), ferner zahlreiche Arbeitslose, die am Stichtag die Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosenunterstützung durchgemacht hatten oder die auf Grund der starken Fluktuation des Marktes sich im Uebergang zwischen verschiedenen, zum Teil kurzfristigen Beschäftigungen befanden.

Die Witterung machte in weitem Umfange die Einstellung der Lohnarbeiten notwendig. Dem entspricht der

starke Zugang an Arbeitsuchenden aus dem Baugewerbe und aus dem mit ihm zusammenhängenden Berufsgruppen und Rohstoffindustrien, sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft der Bezirke Schlesien, Brandenburg, Heßen und Sachßen.

## Kollektivkündigung in Oberschlesien.

Für alle Angestellten und Arbeiter im Erzgbergbau.

Gleiwitz, 25. Januar.

Auf Grund der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die Arbeiter im ober-schlesischen Erzgbergbau und des Schiedsgerichts über die Gehaltsregelung der Angestellten der Erzgbergbau wurde auf den drei ober-schlesischen Erzgbergbau eine Bekanntmachung angehängt, in der es u. a. heißt:

Da die Bemühungen des Arbeitgeberverbandes durch das Schiedsgericht zu einer Abregulierung der Arbeitsbedingungen zu kommen, gescheitert sind, lassen wir uns genötigt, der genannten Belegschaft am 3. Februar d. J. zu kündigen. Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, ab 3. Februar d. J. neue Arbeitsverträge abzuschließen, werden wir nach vorheriger Zustimmung mit dem Arbeitgeber in den nächsten Tagen durch Anschlag bekanntgeben.

## Reichsmittel für die Annapfahstafel.

Zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, in welche die Arbeiterpensionenkasse im Bergbau wegen des Ausfalls bei den Einnahmen und des Rückganges in der Belegschaft geraten ist, erhält diese Kasse für Februar und März aus Reichsmitteln je acht Millionen Reichsmark. In den letzten Monaten hat die Reichsanstalt aus eigener Erschließung die Pensionen um rund 10 v. H. gekürzt. Die Ordnung der Belegschaft für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr 1931 bleibt einweilen vorbehalten.

## Der Gehaltsfrei der Staatsangestellten.

Gewerkschaften beantragen Verbindlichkeitsklärung.

Berlin, 25. Januar.

Die Angestelltenorganisationen werden in dem Gehaltsfrei zwischen der Reichs- und der preußischen Staatsregierung und den Reichs- und preußischen Staatsangestellten die Verbindlichkeitsklärung des unter dem Vorbehalt des Unterstaatssekretärs a. D. Professor Dr. von Moellendorf gefällten Schiedspruches beantragen.

Dieser Schiedspruch hatte eine Prozentige Gehaltskürzung für die Reichs- und preußischen Staatsangestellten vorgezogen, und es war, weil verurteilt, aus dem Grunde keine Prozentige Gehaltskürzung ausgesprochen worden, weil die Angestellten zu den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Das Reichsamt hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt. Auf Grund der Besprache kann nicht angenommen werden, daß die Reichsregierung von sich aus ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung fordern wird, und es ist auch damit zu rechnen, daß der Reichsarbeitsminister Egerwald dem Antrag der Gewerkschaften nicht folgen und den Schiedspruch nicht für verbindlich erklären wird. Es sind also unter dem Vorbehalt des Schlichters neue Verhandlungen nötig.

Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß eine Kürzung in Höhe von 6 Prozent vom Nettogehalt notwendig sei, während man sich auf preussischer Seite mit einer Kürzung um 5 Prozent vom Bruttogehalt einverstanden erklären wird.

Sollte wider Erwarten in den Nachverhandlungen eine Einigung nicht zustande kommen, so tritt ab 1. Februar bei einer großen Anzahl von Angestellten ein tariflicher Zustand ein, und die Behörden werden ab dann versuchen, Einzelverträge mit den Angestellten abzuschließen. Angehörige der gegenwärtigen Situation ist aber zu hoffen, daß diese Maßnahmen nicht durchgeführt zu werden brauchen, sondern daß es gelingt, zu einer Einigung zu kommen.

## Die Beschließung der „Baden“.

Verhandlung vor dem Seemrat.

Hamburg, 25. Januar.

Das Hamburger Seemrat beschäftigt sich mit der Tragödie des Hapag-Dampfers „Baden“, der am 24. Oktober v. J. bei der Ausreise von Rio de Janeiro beschossen wurde. Mehr als 60 Menschen wurden damals durch einen Granatenerfänger getötet bzw. verwundet. Aus der Verlesung der Vernehmungsprotokolle, meist von Mitgliedern der Besatzung, ergab sich, daß auf der Ausreiseerlaubnis des Hafenkapitäns in Rio zwei in revolutionären Verhältnissen entsprechende Sonderverträge enthalten waren. Nach dem ersten Befragten erklärte der Kapitän ferner, daß kein politischer Passagier an Bord sei; der zweite Befragte, das zweite Kapitän des Foris Santa Cruz das Schiff auf Signale abgeben mußte. Nach den Zeugenaussagen waren an dem dort drei Signale aufgesetzt, die von der Schiffsführung nicht verstanden wurden. Der Kommandant des Foris hat ausgelegt, daß er Befehl erhalten habe, die Ausfuhr der „Baden“ zu verhindern. Auf die Warnungsschiffe des Foris hin habe die „Ba-

den" nicht gestoppt. Von einem anderen Fort sei dann ein Schuß abgegeben worden, den die „Baden“ traf. Tatsächlich ist nicht beachtet worden, das Schiff zu treffen. Der Kapitän der „Baden“, Rollin, war zur mündlichen Vernehmung geladen.

Es mußte erklärt, daß er die Sondermerkmale, überaus den wegen der Signale des Forts Santa Cruz, überhaupt nicht gesehen hat. Er sei der Meinung gewesen, daß durch die Einholung des Sondererlaubnis zur Ausfahrt alles in Ordnung war. Die beabsichtigte Anhaltung der „Baden“ erklärt er mit einem Gerücht, daß entgegen der Versicherung im letzten Augenblicke ein anderer Besatzer an Bord geschnitten worden sei. Tatsächlich handelte es sich um einen Besatzen, der kurz vor der Abfahrt an Bord war.

Vom Lande aus sei dieser Vorgang beobachtet und den Behörden mitgeteilt worden. In dem Spruch, den das Seemag nach längerer Verhandlung fällte, wird zunächst festgestellt, daß der traurige Vorfall in erster Linie durch die Befehle des Forts Santa Cruz verschuldet worden sei, deren mißverständliche Signale erst die Möglichkeit für den fälschlich gezielten Schuß des anderen Forts geschaffen hätten, der die Tragödie zur Folge hatte. Aber auch Kapitän Rollin trage insofern einen Teil der Schuld, als er den Sonderertrag in seinem Ausfahrtschein übersehen habe. Mit Rücksicht auf die unruhige Lage hätte er ohnehin besser getan, schon logisch nach den unverständlichen Signalen zu stoppen. Die nach dem Vorfall von der Schiffslizenz und dem Bordarzt veranfaßten Maßnahmen wurden vom Seemag als ordnungsmäßig anerkannt.

## Warnung an Polen?

Ein bemerkenswerter Schritt Hendersons.

Genf, 24. Januar.

In der geschlossenen Sitzung des Völkervertrages wurde das Mandat der Saarregierung auf ein weiteres Jahr verlängert. Henderson drückte hierbei die Hoffnung aus, daß die Tagung des Völkervertrages am Sonnabend abgeschlossen werden könne. Curtius erklärte jedoch, daß der Völkervertrag nicht mit dem Bekannten vereinbar machen, daß die Tagung noch bis in die kommende Woche hinauf verschoben werde. Die Entscheidung über die großen, vor dem Völkervertrag schwebenden Fragen stehe noch aus. Ferner habe sich der Völkervertrag noch mit den deutschen Beschwerden gegen Litauen wegen der Vorgänge im Memelgebiet sowie mit der Beschwerde des Fürstentums zu befassen.

Henderson erwiderte, er sei durchaus bereit, die Verhandlungen des Völkervertrages zu beschleunigen. Er möchte dann die bemerkenswerte Feststellung, daß es sich bei der deutschen Beschwerde gegen Polen keineswegs um einen polnisch-deutschen Streitfall handle. Sollte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen nicht zu einer befriedigenden Regelung gelangen können, so werde er sich als Präsident des Völkervertrages gezwungen sehen, in die Verhandlungen einzugreifen, um die Verantwortlichkeit des Völkervertrages festzustellen und eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Es werde sich um jenseitig, daß dem Rat genügend Zeit zur Verfügung stehen müsse, um die gesamten schwebenden Verhandlungen bis zum endgültigen Abschluß bringen zu können.

Die ungewöhnliche Erklärung des englischen Außenministers wird allgemein dahin gewertet, daß Henderson damit einen unmittelbaren Druck auf die polnische Regierung ausüben wollte, den Verhandlungen der deutschen Regierung nachzugeben. Ferner legt man darin eine neue Bestätigung des Wunsches der englischen Regierung, in den obersteinsten Fragen zu einer endgültigen, befriedigenden Regelung zu gelangen.

Die Aussprache über die Berichte des Untersuchungsausschusses in Liberia in der öffentlichen Sitzung des Völkervertrages wurde mit einer kurzen Erklärung Hendersons abgeschlossen. Anschließend trat der Völkervertrag von neuem zu einer frühen geheimen Sitzung zusammen, in der die Aussprache über Einberufung der Abrüstungskonferenz fortgesetzt wird.

## Curtius bei Henderson.

Reichsaussenminister Dr. Curtius traf heute dem englischen Außenminister Henderson im Hotel Beau Rivage einen Besuch ab. Die Unterredung wird allgemein mit dem Berichterstatter für die Minderheitenfragen im Völkervertrag über die deutschen Forderungen zu den obersteinsten Fragen in Zusammenhang gebracht. Ebenso soll die jetzt bevorstehende Entscheidung über die Einberufung der Abrüstungskonferenz zur Sprache kommen.

Der Völkervertrag behandelte auch den Streitfall zwischen Polen und Litauen über die Reaktoren der Memel-

flöße und des Warentransports auf der Eisenbahn Litau-Romny. Die Anrufung des Haager Gerichtshofes zur Entscheidung eines Rechtsstreits in dieser Frage wird erwogen.

Die abschließend auf der Tagesordnung stehende deutsche Beschwerde gegen Litauen wegen Verletzung des Memelstaats soll verhandelt werden, da die direkten deutsch-litauischen Verhandlungen eben erst einsetzt sind.

## Scharfe Gegensätze.

Curtius gegen den Abrüstungsentwurf.

Genf, 25. Januar.

Der Völkervertrag erörterte in öffentlicher Sitzung die in der Geheimhaltung gehaltenen Beschlüsse über die Einberufung der Abrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932. Der englische Außenminister Henderson als Präsident der Konferenz gab eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß der von Abrüstungsausschuss ausgearbeitete Abrüstungsentwurf den Rahmen der künftigen Konferenzverhandlungen darstelle, innerhalb dessen die Regierungen nur noch ihren ziffermäßigen Rüstungsstand feststellen müßten. Er hoffe, daß diese Ziffern unter dem heutigen Niveau der Rüstungen liegen würden.

## Curtius erklärte.

daß aus den Ausführungen des Präsidenten Henderson der Eindruck entstehen könnte, als ob der von Abrüstungsausschuss ausgearbeitete Abrüstungsentwurf für alle Teile verbindlich sei und die feste Grundlage der Konferenzarbeiten bilden werde, in die lediglich noch die Rüstungsziffern der einzelnen Regierungen einzufügen seien.

Er habe bereits in der vorhergehenden Geheimhaltung des Ausschusses festgesetzt, daß die deutsche Regierung den Abrüstungsentwurf nicht annehme und daß dieser Abrüstungsentwurf in keiner Hinsicht verbindlich für die übrigen Regierungen sei.

Er stellte sodann ausdrücklich noch einmal fest, daß die ganze Frage des Systems der Rüstungen noch offen sei und daß, wenn die Fragen, die jetzt eine weitere Arbeit für die Abrüstungskonferenz zu schaffen und durch Propaganda der Völkervertrag aufzurufen und vorzubereiten.

## Aber Briand sagte.

er schloße sich den Erklärungen des englischen Außenministers an, daß namentlich die Verpflichtungen des Artikels 8 des Völkervertrages erfüllt werden müßten. Die Aufgabe der Regierungen sei es, jetzt eine gewisse Atmosphäre für die Abrüstungskonferenz zu schaffen und durch Propaganda die Völkervertrag aufzurufen und vorzubereiten.

Er habe Verständnis für den von Dr. Curtius angemeldeten Vorbehalt, aber er müsse die Aufmerksamkeit des Völkervertrages auf die Tatsache lenken, daß unter allen Umständen die Arbeiten des Abrüstungsausschusses ernst genommen werden müßten. Es sei nicht zulässig, über den Abrüstungsentwurf hinwegzugehen.

Die Regierungen, die mit der Arbeit des Abrüstungsausschusses nicht einverstanden seien, hätten die Möglichkeit, ihren Standpunkt auf der Abrüstungskonferenz geltend zu machen. Aber man dürfe sich nicht täuschen. Wenn die von der Mehrheit im Abrüstungsausschuss aufgestellten Prinzipien von neuem aufgerollt und zur Verhandlung gestellt werden sollten, dann werde die Konferenz zweifellos nicht zu den gewünschten Ergebnissen gelangen.

Die grundsätzliche Erklärung des französischen Außenministers Briand zu der Abrüstungsfrage gab Dr. Curtius demnach Gelegenheit, eine zweite Erklärung abzugeben, die allgemein als eine Abschwächung seiner ersten Erklärung aufgefaßt wird.

Dr. Curtius erklärte, daß auch er der Ansicht sei, daß die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz von entscheidender Bedeutung wäre. In der geheimen Sitzung seien bereits die Fragen festgelegt worden, darunter auch die deutschen Anträge, die auf der Konferenz behandelt werden müßten. Er habe lediglich feststellen müssen, daß der Abrüstungsentwurf der Abrüstungsausschusses keine rechtliche Verpflichtungsgrundlage für die Regierungen darstelle und von der deutschen Regierung nur zur Kenntnis, nicht dagegen angenommen werden.

## Der „Abrüstungsbeschuß“.

Der Völkervertrag hat in einer nichtöffentlichen Sitzung den Bericht des spanischen Berichterstatters für die Einberufung der Abrüstungskonferenz endgültig angenommen. Die Einschlektuna des Völkervertrages sieht folgende Punkte vor:

„Wie?“ rief sie laut. „Du lächelst noch?“

„Dieser Stiel — dieser originelle Stiel —“ Noch einmal überlegte er das Blatt Papier. „Eigentlich zu komisch, dieses Mädel.“

„So? Komisch nennst du das? Originell? Weißt du, was das ist? Ein einfach empörender Briefstil ist das! Und was hindert das überhaupt bei Sagen, so einfach mit nichts, dir nichts das Hans zu verlesen?“

„Aber Erika, wenn sie doch von Zahnschmerzen geplagt wurde?“

„Ich finde lo etwas nur fandalös. Sitten herrschen hier! Sitten! Wie —“

„— bei den Botuloden, ich weiß. Na, jedenfalls habe ich jetzt leider keine Zeit mehr. Das Auto ist nicht da, also muß der alte Pumpenstiel herhalten. Ist Franz, Soeben schnell einplanen.“

„Da haben wir es ja!“ rief Tante Erika aufgebracht. „Natürlich! Das Tischgerüst fährt mit dem Auto davon und der Vater —“

„— ich würde mich wirklich, daß du nicht zu Fuß zum Bahnhof läufst!“

„Neben mir darüber, was ist zurück bist.“

„Nun wann wird das sein?“

„In längster acht Tagen. Wer weiß —“ Ein heimliches Lächeln glitt über sein Gesicht. „— vielleicht gelingt es bis dahin meinen bewährten Erziehungsplänen, ihr einen besseren Briefstil beizubringen. Adios. Grüße meinen Kesseln, bitte. Es fehlt mir die Zeit, mich von ihm zu verabschieden.“

Wald darauf fuhr er im alten Landauer davon. Hätte er sich zwei Stunden früher auf den Weg gemacht, so wäre er fraglos dem Baron Heigel begegnet —

1. Der Völkervertrag nimmt den Bericht des Abrüstungsausschusses und den von ihm ausgearbeiteten Entwurf für ein allgemeines Abrüstungsabkommen zur Kenntnis;
2. Der Völkervertrag beauftragt den Generalsekretär des Völkervertrages, sämtliche Regierungen den Abrüstungsentwurf sowie den Bericht des Berichterstatters zu übersenden;
3. Die Abrüstungskonferenz wird zum 2. Februar 1932 einberufen;
4. Der Völkervertrag beschließt, die Abrüstungskonferenz in Genf abzuhalten unter dem Vorbehalt, daß bis zur Mitteilung der Vorbereitungen der Abhaltung der Konferenz sowie die preläminarischen Voraussetzungen geliebt sind;
5. Der Völkervertrag beschließt, den Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf einer der nächsten Tagungen zu ernennen;
6. Der Völkervertrag beauftragt den Generalsekretär, gemeinsam mit dem Berichterstatter die notwendigen technischen Vorbereitungen für die Abhaltung der Konferenz zu führen und sich hierbei die Mithilfe der einzelnen Regierungen zu sichern.

## Einigung in der Polenfrage.

Genehmigung für Deutschland. — Schluß der Ratstagung. — Die Abreise der Delegierten.

Genf, 25. Januar.

In der Sonnabend-Nachmittagsbesprechung beim englischen Außenminister Henderson, an der Curtius und Briand teilnahmen, ist eine Einigung über den Bericht des Völkervertrages in der obersteinsten Frage erzielt worden.

Auf deutscher Seite wird der Bericht, dessen Einzelheiten noch nicht bekannt sind, als eine befriedigende Regelung angesehen. Der Bericht stellt einen Bruch der Bestimmungen des Minderheitenabkommens durch die polnische Regierung fest und spricht Polen

## Die Mißbilligung des Völkervertrages

aus. Der wichtigste Punkt, die Garantie für die Zukunft, soll in der Weise geregelt sein, daß die polnische Regierung auf der Ratstagung über die Veränderung des Systems in Oberschlesien und insbesondere über die Bestrafung der Schuldigen auf der hohen Beamten berichtigt soll und daß sodann der Rat sich eingehend mit der tatsächlichen erfolgten Durchführung der polnischen Maßnahmen zu beschäftigen hat. Zuerst soll in dem Bericht der Bruch der allgemeinen Minderheitenschutzbestimmungen während der Wahrung im Korridor in der Wojewodschaft Polen festgestellt worden sein.

Die Tagung des Völkervertrages wird damit offiziell abgeschlossen. Der französische Außenminister Briand reist noch am Abend ab, während der englische Außenminister Henderson Sonntag früh und die deutsche Abordnung Sonntagabend Genf verlassen.

## Raczmarek vor Gericht.

Eine Spitzelkennung von bornierter Frechheit.

Berlin, 24. Dezember.

Eine kleine aber wertvolle Illustration zu den Auseinandersetzungen englischer und französischer Zeit, die zuzunehmen der deutsch-polnische Verhältnis in Genf geführt wird, hat dieser Tage eine Episode vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte gegeben. Hier erschien als Beisitzer der Führer der polnischen Minderheit in Deutschland, Raczmarek, an einem Beleidigungsprozeß, den er gegen den „Reichsboten“ angestrengt hatte. Dieses Blatt hatte an einem Wahlaufruf Raczmareks scharfe Kritik geübt, in dem es hieß, daß sein in Deutschland lebender Vater für das bankrotte Deutschland und abgeben hätte, und Raczmarek hat sich durch diese Kritik beleidigt fühlen lassen.

Man könnte nun fragen, was wohl einen Ansehlichen der deutschen Minderheit in Polen seltsam wäre, wenn er sich in ähnlicher Weise zu den deutschen Schmutzreden geäußert hätte, und schon hier ist eine interessante Parallele gegeben. Herr Raczmarek aber macht den Unterschied zwischen dem, was sich ein Pole in Deutschland und was sich ein Deutscher in Polen leisten darf, noch sinnvoller. Er hat vor Gericht die — Nationalität zu verlangen, daß vor dem Berliner Amtsgericht in polnischer Sprache verhandelt werde. Dabei macht er gar kein Hehl daraus, daß er das Deutsche vollkommen beherrscht. Erstreckt er seine Kritik auf die Verhandlungsleiter nicht an der gebührenden Zurückweisung ihrer Invektiven werden sich nicht lassen, und Raczmarek hat sich ein Urteil gefallen in Polen hätte wahrscheinlich hinter den Mauern von Bresl gesteckt.



Humoristischer Roman von Bert Dehmann.

Landesbibliothek, nach dem Original von Bert Dehmann, Berlin 1914.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Wendnickhof war ein prächtiger Herrschaft in Rommer, der ihm über einen Nachbarn durch Erbschaft angefallen war und den er durch einen erfahrenen Administrator verwalten ließ. Dieser teilte ihm nun mit, daß eine beorgnisserregende Seuche unter dem großen Viehbestand ausgebrochen sei, und daß man ihn, den Herrn, umgehend selbst erwarte. Zu diesen Sorgen nun auch noch das Mädel mit seinen Wärronen —

„Schide Gusti zu mir,“ lautete er verstimmt, „ich werde sie einmal ernsthaft ins Gebet nehmen.“

„Sulanne,“ verdorrte sie, „hätte längst deiner strengen Ermahnung bedurft!“

„Sie rauchte davon, die schon erziehbare Nichte herauszuschnitten, schied aber nach kurzer Zeit nicht mit dieser, sondern nur mit einem Blatt Papier in der Sand zurück.“

„Nagel!“ rief sie außer sich, „D, welche unerquidlichen Dinge gehen hier vor? Sulanne hat heimlich das Schloß verlassen!“

„Das — Schloß — verlassen?“ Ein wenig blaß nahm Graf Wendnick den Zettel entgegen. In latonischer Kürze hieß es da:

„Habe unheimliche Zahnschmerzen. Könnte Wände hochklettern. Werde noch verrückt. Laß mich jetzt von Johann in die Stadt zum Zahnarzt fahren. Wödeste Schmerzen am liebsten an dem nächsten Nagel aufbammeln. O, wie unerquidlich.“

Als Unterfchrift war „Eust“ zu lesen. Es war aber wieder ausgeföhren worden. Dafür prangte jetzt direkt daneben der Name „Sulanne.“

Zwar befand sich Wendnick in feiner besterer Stimmung, aber ein leichtes Lächeln ließ sich bei dieser Lesart doch auf seine Lippen.

## Direktorium für Berlin.

Erlaß einer Notverordnung unwahrscheinlich.  
Berlin, 25. Januar.

Die Verhandlungen über die Neuordnung der Verwaltung Groß-Berlins, die am Montag dem Gemeindevorstand des Berufs-Komitees beschickten wird, sind zu einem Abschluß gelangt.

Die Pläne des preussischen Innenministeriums, die Innenminister Severing im Gemeindevorstand darlegen wird, gehen dahin, daß an Stelle eines Oberbürgermeisters ein Kollegium von sechs Bürgermeistern mit einem Oberbürgermeister an der Spitze der Verwaltung der Reichshauptstadt durchzuführen soll. Dem Kollegium zur Seite soll, wie es schon in dem Regierungsentwurf vorgesehen war, ein Stadtkommunalschulbeirat, bestehend aus 34 von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Männern stehen. Diese Körperschaft soll Befehle fassen können, die dann im Verein mit dem Kollegium Gesetzkraft erlangen können. Die verfeinerte Stadtverordnetenversammlung wird nur noch zeitweilig tagen. Die Bezirksvereinigungen werden aufgelöst. An ihre Stelle sollen Ausschüsse treten, deren Rechte noch nicht bestimmt sind.

Die gemischte Deputation für das Gutachten der Stadt Berlin über den Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Gemeindeverwaltung hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Plänen des Innenministeriums einverstanden erklärt. Es hängt jetzt nur noch vom Gemeindevorstand des Berufs-Komitees ab, ob diese Pläne Wirklichkeit werden. Eine Notverordnung wird in unterzeichneten Kreisen für unwahrscheinlich gehalten, weil mit dem Gutachten der Stadt Berlin die bestehenden Schwierigkeiten so gut wie beseitigt sind.

## Polizei im Danziger Volkstag.

Mit Gummiknüppeln gegen Abgeordnete.

Danzig, 24. Januar.

Nachdem der Danziger Volkstag infolge Kälteeinbrüchen die durch die Kommunisten hervorgerufen waren, zur Aufhebung seiner Sitzung gezwungen worden war, wurde nach einer Pause von 25 Minuten die Sitzung wieder aufgenommen.

Als der in der vorigen Sitzung ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Serokfi der Aufforderung des Vizepräsidenten, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht nachkam und den Kriminalbeamten Widerstand leistete, ergriffen 20 Schutzpolizeibeamte, die den Abgeordneten Serokfi unter Anwendung des Gummiknüppels aus dem Sitzungssaal schafften.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es, als der Abgeordnete Mikowitsch mitteilte, daß sein Fraktionskollege Serokfi von den ihn hinausführenden Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel verprügelt worden sei, und als die kommunistische Abgeordnete Dobski dasselbe Manöver wiederholte wie der Abgeordnete Serokfi und die Tribüne ebenfalls bestürmt, ohne das Wort zu haben, so daß die Sitzung wieder unterbrochen werden mußte.

Der Danziger Volkstag war infolge der von der Linken geübten Obstruktion gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes gezwungen, die Verhandlungen bis in die frühen Morgenstunden auszudehnen.

Die namentliche Schlussabstimmung, die um 1.40 Uhr vorgenommen wurde, ergab 40 Stimmen für und 24 Stimmen gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Vorlage, die eine durchgreifende Sanierung der Danziger Finanzen vorsieht, ist damit in dritter Lesung endgültig angenommen. Um vor 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Der Volkstag ist am Donnerstag nicht weniger als achtmal zusammengetreten.

## „Grüne Front“ beim Kanzler.

Vor wichtigen Entscheidungen für die Landwirtschaft?

Berlin, 25. Januar.

Für Anfang nächster Woche ist beim Reichskanzler ein Empfang landwirtschaftlicher Führer vorgesehen. Bei diesem Empfang dürfen die Führer der „Grünen Front“ mit dem Reichskanzler eine eingehende Aussprache über die Lage der Landwirtschaft und die erforderliche Hilfe für die Landwirtschaft haben.

Am Freitag fand eine Vorstandssitzung des Reichslandbundes statt, in der die derzeitige politische Lage erörtert worden sein dürfte. In der Vorstandssitzung, die vertraulich war, wurden feierliche Beschlüsse gefaßt. Berichte, die bereits jetzt von bestimmten Forderungen der Landwirtschaft und im Zusammenhang mit Rücktrittswahlschritten des Ministers Schiele sprechen, treffen somit nicht zu. Eine Entscheidung über die Forderungen der Landwirtschaft dürfte höchstens erst nach dem Empfang beim Reichskanzler auf der Bundesvorstandssitzung des Reichslandbundes und der für Anfang Februar vorgesehenen Führertagung fallen.

## Kleine politische Meldungen.

Schlichtungsverhandlungen im niederösterreichischen Verkaufsergebnis. Unter Vorsitz des Schlichters für Niederösterreich fanden für den Verkauf Schlichtungsverhandlungen statt, die nach kurzer Verhandlung ergebnislos abgebrochen wurden.

## Neue Kampfanlage Hörings.

Bremen, 26. Januar. Auf einer gemeinsamen vom Reichsbanner, der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften veranstalteten Kundgebung wandte sich der Reichsbannerführer Otto Höring wiederum vor allem gegen die Nationalsozialisten. Das Wahlergebnis vom 14. September sei ein so schwerer wirtschaftlicher Schlag für Deutschland gewesen, nur vereinfacht mit dem Ausgang der Ruhrbesetzung und den Wirkungen des Vertrages von Versailles. Die letzte Zunahme der Erwerbslosenzahl um 1,25 Millionen entalle auf das Schuldproblem der Nationalsozialisten und ihrer Helfershelfer, der Kommunisten. Wenn Hitler immer das Rentenproblem in den Vordergrund schiebe, so sei demgegenüber festzustellen, daß Hitlers Mutter eine Fideicommissarin sei, die sein Wort Deutsch verstanden habe, und nur Hitlers Vater sei Deutscher. Hitler sei also selbst ein Verräter. Die Gebude des Reichsbanners sei am Ende.

Im Bewußtsein der Verantwortung, die er, Höring, als Reichsbannerführer zu tragen habe, proklamierte er:

„Wir werden den Herrschaften entgegenzutreten, nicht mit Blumen oder Myrthenzweigen, sondern werden dieselbe wie jene in den Händen haben, und wenn es das Interesse des deutschen Volkes oder der Republik gebietet, so werden wir sie t e t l o s bis zum letzten Mann vernichten. Es ist zu Ende damit, daß wir ruhig zusehen, wie Reichsbannerkameraden ermordet werden.“

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 26. Januar 1931.

**Leichtbeschädigte und Zuglatsente.** Im Rahmen der Sparmaßnahmen, die das Gebiet der Verlegung der Kriegsbeschädigten betreffen, ist auch vom Reichsarbeitsminister die Genehmigung der Zuglatsente von Leichtbeschädigten beantragt worden. Wie uns der Vizepräsident des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener hierzu mitteilt, bestehen vielfach Zweifel über die jetzt geltenden Bestimmungen, die wie folgt gefaßt werden sollen: Nach der jetzt gültigen Fassung der geltenden Bestimmungen kann die Zuglatsente von Leichtbeschädigten nur dann gewährt werden, wenn sie sich in Seilankatzenlage befinden und ausgeschieden werden. Auf Grund der Fassung der Bestimmungen ist jedoch noch vorgesehen, daß sie Zuglatsente außerdem erhalten können, wenn sie sich wegen ihrer Dienstbeschädigung einer Selbstbehandlung unterziehen müssen, aus diesem Grunde im Sinne der Reichsversicherungsordnung arbeitsunfähig sind und ohne allen Zweifel mit behalt aus ihrer Arbeitsstelle entlassen worden sind. In diesem Falle ist die Zuglatsente vom Zeitpunkt der Entlassung an bis zur Aufnahme einer neuen Arbeit, höchstens aber für die Dauer von drei Monaten, zu zahlen, jedoch sofort zu entscheiden, wenn der Beschädigte nicht mit allen Kräften bemüht ist, die jetzt geeignete Arbeitsmöglichkeit auszunutzen. Neben Arbeitslosenunterstützung ist sie nicht zu gemäßen. Die Beitrübungen des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener gehen dahin, die stark einschneidenden Bestimmungen wieder zur Aufhebung zu bringen.

**Venedig um Winternacht.** Venedig, das mittelalterliche Handelsmonopol, ist die Stadt der Geheimnisse und mystischer Begebenheiten. Durch die herrliche Lage in der blauen Adria und den Ruf hervorragender Dandemaler und Kunstschöpfer ist Venedig ein Anziehungspunkt aller Völker. Auf dem Marktplatz finden wir die buntesten Trachten aller Herren Länder. Hier treffen wir Deutsche, Engländer, Schweizer, Spanier, Italiener, Marokkaner, Araber, Indier usw. Hüßt die Nacht das mittelalterliche Venedig in Schweigen und Dunkel, dann ist unter der geheimnisvollen Stadt der Dämon guter und böser Leidenschaft entbrannt. Sagenhafte Beschreibungen aus alter und neuer Zeit müssen hier von zu berichten. Der MVB hat in diesem Jahre sein Festlingsfest unter obiges Motto gestellt. Wer also eine solche zauberhafte Winternacht in Venedig erleben möchte, veräume nicht, am 14. Februar zum MVB-Vergnügen zu gehen.

**Gadig.** Wie gestern in Remberg, so findet morgen Dienstag-Abend auch in unserem Ort eine Missionsveranstaltung statt und zwar im Saale des Herrn Nischke. Als Redner ist hierfür genannt worden Herr Waser, geboren am 19. März 1888 zu Schwäbisch-Hall wurde er am 1. Juni 1920 von der Berliner Missionsgesellschaft zum Missionsdienst abgeordnet, leitete zunächst die Mittelschule zu Kanton in Suidania und hat dann jedes Jahre als Missionar auf der Missionsstation Tschedjin gearbeitet. Er kann also aus eigener Erfahrung reden. Seinen Vortrag wird er durch Lichtbilder veranschaulichen, so daß der Besuch des Abends warm empfohlen werden kann.

**Preisf.** 22. Januar. (Anlegung eines Eisbahns?). Wir berichten füglich, daß hier angefangen des bestehenden lebhaften Verkehrs zwischen den Kreisen Wittenberg und Schweinitz, sowie im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit der alte Plan des Baus einer Eisbrücke gegenwärtig in eingehende Erwägung gezogen wird. Zu diesem Projekt wird jetzt ein zweites hinzugezogen, nämlich die Anlegung eines Eisbahns. Der Plan wird sowohl als Winter- als auch als Sommerbahn gedacht; er müßte dann Gleisanlaufschluß mit dem Bahnhof erhalten und so groß angelegt werden, daß er 30-40 Eisbahnen und einige Dampfer aufnehmen könnte.

**Witterfeld.** (Zwei Einbrüche in einer Nacht). In der Nacht zum Freitag wurden hier zwei Einbrüche verübt, die angeblich von denselben Tätern ausgeführt wurden. In einem Kolonialwarengeschäft in der Bismarckstraße wurde das Schaufenster eingedrückt und aus demselben eine Anzahl Flaschen Weine, Körbe usw. im Gesamtwert von 120 M. entwendet. — Gegen 3 Uhr morgens wurde in einem Rindviehgeschäft in der Breinaer Straße ebenfalls das Schaufenster eingeschlagen und daraus etwa 16 amerikanische Dopsium-Felle, ein Maulwurfsstanzinragen vierfältig (Vubitragen), ein Sealtanzinragen (Vubitragen), zwei Hüte, davon einer verarbeitet, einer unversetzt, ein weißer Lammfelltragen (Vubitragen) und ein Sealtanzinragen vierfältig gestohlen. Die Felle haben einen Gesamtwert von etwa 220 M.

**Liebenwerda.** 24. Januar. Der frühere Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, war im Februar 1927 wegen Untreue im Amt rechtskräftig zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seine Finanzgeschäfte, die er gemeinsam mit dem Sparratendirektor Werres getätigt hatte, haben dem Kreis bekanntlich einen Verlust von 1,5 Millionen Mark eingebracht. Die Gefängnisstrafe braucht der gemessene Landrat allerdings nicht abzuhängen, vielmehr erhielt er im Dezember 1928 auf zwei Jahre Bewährungsfrist. Inzwischen nahm das nach seiner Verurteilung eingeleitete Disziplinarverfahren seinen Fortgang. Nach mehr als dreijähriger Dauer erging das Urteil auf Dienstentlassung. Vogl legte aber Verzug beim Staatsministerium als der letzten Instanz im Disziplinarverfahren für nichtgerichtliche Beamte ein. Ueber diese Verurteilung ist noch nicht entschieden, jedoch soll, wie es heißt, die Entscheidung des preussischen Staatsministeriums in den nächsten Monaten ergehen.

**Roslau.** 15. Jan. (Gaunerreich). Eine hiesige Einwohnerin erhielt füglich den Besuch eines jungen Mädchens, das sich als Angehehlte der Sparrasse vorstellte, bei der Frau eben einen Geldbetrag eingezahlt hatte. Sie gab an, daß ihr bei der Wahrung ein Irrtum unterlaufen sei und bat um Aushängung des Sparbuchs, um diesen Irrtum zu berichtigen. Die Frau schloß jedoch bald darauf Verdad und begab sich zur Sparrasse, wo sie erfuhr, daß es

sich um eine Gaunerin handele. Das Mädchen erschien kurz darauf bei der Sparrasse um das Geld abzugeben, wobei es verhaftet werden konnte.

## Mittellandkanalbedachte im Hausbauauswahlschuss des Reichstages

Halle. Im Hausbauauswahlschuss des Reichstages wurde unter anderem die Frage des Mittellandkanals angehängt. Abgeordneter Dr. Quack (Dnt.) forderte als Berichterstatter zum Hausbau des Reichsverkehrsministeriums Klarheit über die Kanalpläne der Regierung. Dem Vernehmen nach plane die Reichsregierung die Gründung einer Gesellschaft mit ausländischem Kapital für den Ausbau des Mittellandkanals. Dadurch werde der Ausbau des Mittellandkanals zu Ungunsten des Wasserstraßenbaues im Osten beschleunigt. Der Südlügel, von dessen Ausbau die Reichsregierung sich gegenüber Sachgen verpflichtet habe, werde sich nicht rentieren. — Abg. Dr. Gerete (Lando) hat den Reichsverkehrsminister um Auskunft, ob der Ausbau des Südlügels des Mittellandkanals so schnell durchgeführt werden würde, daß er gleichzeitig mit der Strecke des Mittellandkanals bis Magdeburg in Betrieb genommen werden könnte. Im Interesse der Arbeiterschaft für die Magdeburger Arbeiter in Mitteldeutschland sei die Klärung dieser Frage nötig. Der Minister erklärte, daß auf dem Wasserstraßenbaue die erwünschte Rammfähigkeit noch nicht zu erreichen gewesen sei. Er hoffe, das Geld für diejenigen Kanalbauten, die rentabel sind, nach dem gefunden alten Grundbau nicht aus launlichen Hausbauauswahlschuss, sondern aus Verleihen aufzubringen, was ihm heute er in diesem Hause der Reichsregierung einmüßig sei. Bei dem dann zu verlegenden einheitlichen Plan stehe der Mittellandkanal an erster Stelle. Zweifelloh sei der Südlügel für den Mittellandkanal eine schwere wirtschaftliche Belastung. Es lägen aber Bindungen durch Staatsverträge für den Südlügel vor. Schon in diesem Hausbau seien 4,5 Millionen für die S a l e t a l p e r r e ausgegeben, die einen Teil des Südlügels deckten. Der Minister will vor allem mit großem Wohlwollen die Bestimmungen der Stadt Leipzig behandeln, die zur Arbeitsbeschaffung schon jetzt aus eigenen Mitteln mit ihrem Hafenbau beginnen wolle. Die Wasserförderung des Mittellandkanals sei gefaßt; sei sie nur aus der Weiser möglich. Der Ausbau der Weiser sei also ein Teil des Mittellandkanalplanes.

**Leipzig.** Zu den Verhandlungen der Stadt Leipzig mit dem Reich wegen des Baus des Südlügels des Mittellandkanals wird berichtet, daß diese Verhandlungen ein günstiges Ergebnis erwarten. Leipzig sei bereit, zum Zweck der Arbeitsbeschaffung schon jetzt von sich aus den Hafenbau zu beginnen, wenn die Gewähr bestehe, daß sein Hafen Wasser und Anfrucht in den Mittellandkanal erhalte. Allerdings müßte die Fertigstellung des Südlügels und des Mittellandkanals gleichzeitig erfolgen. Es wäre dann damit zu rechnen, daß die eigentlichen Bauarbeiten noch in diesem Sommer beginnen.

## 50 Jahre Westeregen Affali

Westeregen. Eines der bedeutendsten Kalkunternehmen. Die tonsteinartigen Affalierte Westeregen, feierte am 25. Januar den Tag des 50jährigen Bestehens. Die Entwicklung dieser Kalkwerke, die unter dem Namen Westeregen, die deutschen Kalkwerke deutlich wieder. Die Gesellschaft hat von Anfang an als Großunternehmen angefangen. Sie wurde mit sieben Millionen Reichsmark Aktienkapital im Jahre 1881 gegründet. Heute befehligt der Konzern Westeregen fast neun Prozent der gesamten deutschen Kalkproduktion. Das Aktienkapital stellt sich auf mehr als 22 Millionen Reichsmark. Beistellig ist die Gesellschaft in die deutschen Kalkwerke, die chemischen Industrie und des Braunkohlenbergbaues. Entschieden für die Entwicklung der Gesellschaft war der 1921 beschlossene Zusammenschluß von Siedelbruch, Alfersleben und Westeregen zu einem einheitlichen Konzern. Diese Gruppe des Kalkbergbaues befehligt heute fast 25 Prozent der Kalkproduktion und liegt damit unter den Kalkkonzernen Deutschlands an zweiter Stelle.

## Ergebnislose Lohnverhandlungen im sächsisch-schlesischen Webereis

Greß. Die Verhandlungen im Lohnstreit im Bezirk der sächsisch-schlesischen Webereien sind wieder ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber beharren nach Kündigung der Lohnstarke auf der Forderung eines Lohnabbaues; die Textilarbeitervereinigungen verlangen eine Sprauverteilung der Stundenlöhne von 66 auf 70 Reichspfennig. Von der Kündigung des Lohnstarke würden etwa 25 000 Arbeiter betroffen werden. Am 28. und 29. Januar finden die endgültigen Schlichtungsverhandlungen vor dem mitteldeutschen Schlichter in Leipzig statt.

**Herberg.** Arbeitsniederlegung. Die mit den Grundräumungsarbeiten der Schwarzgrube beschäftigten Arbeiter haben nunmehr die Arbeit niedergelagt, weil ihnen der Lohn durch die Lohnschlichter untergeordnet geratene Firma nicht ausgezahlt worden war. Man hofft, in den nächsten Tagen eine Einigung zu erzielen.

**Halsbrunn.** Lohnkürzung in der Harzer Sägewerksindustrie. Nachdem die Arbeitgeber den Lohnstarke für die Harzer Sägewerks zum 31. Dezember gekündigt hatten, um eine Kürzung der Löhne vorzunehmen, und nachdem die Parteienverhandlungen ergebnislos verlaufen waren, hat der Schlichtungsausschuss Halsbrunn einen Schiedspruch gefaßt, der die bisherigen Löhne mit Wirkung ab 1. Januar 1931 um fünf Prozent herabsetzt. Das Abkommen kann erstmalig zum 30. Juni 1931 gekündigt werden.

**Worbis.** Die Tabakindustrie auf dem Gleichfeld befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Schuld daran ist die Tabaksteuer, die zur Stilllegung einer Reihe von Fabrikbetrieben führte. Die Zahl der arbeitslosen Tabakarbeiter betraugt sich im Reichsamt für Arbeitsbeschaffung auf 484. Es ist mit einer Verringerung dieser Zahl zu rechnen, da die Zigarettenfabriken in Wilschdorf und in Deuna deren Betrieb in Kürze wieder aufnehmen werden, wenn auch vorläufig nur teilweise.

**Leipzig.** Reichs-Einwohnerzahl: 715 000. Nach der Auszählung der Haushaltungsbogen der Personenaufnahme vom 12. Oktober 1930, die nunmehr vollständig vorliegt, belief sich die reine Wohnbevölkerung Leipzigs an dem genannten Tage auf 711 191, die Gesamtbevölkerung einschließlich der Unfallinsassen, der leeren Schutzpolizeibeamten sowie der ledigen Reichswehrangehörigen auf 715 725.

**Leipzig.** Vorbereitungen zur Baumeis. Aus dem Gebot der Zeit, die deutsche Holzwirtschaft zu heben, hat der Reichsforstwirtschaftsrat beschlossen, unter Zustimmung aller beteiligten Kreise eine großartige Werbung für das deutsche Holz im Rahmen der vom 1. bis 11. März stattfindenden Leipziger Baumeis durchzuführen. In einem bedeutenden Aktionsausschuss des Reichsforstwirtschaftsrates haben sich der staatliche und private Waldbesitz, die Sägewerke,

...den besten Kaufpreis erzielt. Die Verwendung der Antifrost-Preparate ist durch diese sehr weitgehende Garantie für jeden Käufer völlig sichergestellt.

### Bücher- und Zeitschriftenklub

Alle Ausgaben der heutigen (letzten) Zeit müssen noch überlegt sein. Früher war es eine Selbstverständlichkeit, monatlich einen bestimmten Betrag für geistige Interessen auszugeben. Heute muß fast überall in der Gegend werden, daß diese früher selbstverständlichen Ausgaben eingeschränkt werden. Es ist aber ein fastiges Ende sparen, denn niemand kann auf die Dauer ohne geistige Nahrung auskommen. Manche Stunde der Not wird leichter überwunden durch die Ablesung, die gute Literatur, das Wissen in schöne Bilderbelegungen und das Schlimmsten in fremde Länder durch Reisebeschreibungen führt, lang und gut durch Beschäftigung mit wertvollen geistigen Kulturwerten.

### Neues Kapitalverbrechen in Berlin

Berlin, 26. Januar. Das dritte Kapitalverbrechen in einer Woche ist am Sonntag an dem Knuldrohlschloßberger Fritz Pohl aus der Frege-Strasse in Steglitz begangen worden. Pohl ist nach den bisherigen Ermittlungen ein unbekannter Täter vermuthlich aus dem Wogeninnen hinterlässt er sich gefunden worden und dann weil draußen im Wald südwestlich von Potsdam in den Chausseegraben auf der Chaussee nach Fersch geworfen worden. Der oder die Mörder haben dann die Mordopfer bis zur Anstaltstraße in dem Vorort Dahlem zurückgeführt und den Wagen mit brennenden Lichtern dort stehen lassen, wo er Sonntagfrüh von dem Hauswart eines Grundstücks entdeckt wurde. Wieviel Geld den Tätern in die Hände gefallen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. In den Taschen des Toten fand man noch 48 RM bares Geld und einen Wechsel mit seinem Namen, durch den die Identität mit dem verurteilten Führer des herrenlosen Autos festgestellt werden konnte.

### Antifrost billiger!

Die Verkaufspreise für Antifrost-Preparate sind endlich ermäßig! Die kleine Packung, deren Inhalt zur Bekämpfung von 10 Silberröhren ausreicht, kostet jetzt nur noch 40 Pfg., die Original-Packung mit der doppelten Menge und einem Viertel Antifrost-Kapseln-Zug im Werte von 20 Pfg. dagegen 75 Pfg. Beim Einkauf der Original-Packung werden mit 25 Pfg. gespart. Die Antifrost-Preparate sind für Ihre Garantie und zahlt bei einem etwaigen Mischler sofort und anstandslos.

### Brennholz-Verkauf

der Oberförsterei Gräfenhainichen am Donnerstag, den 5. Februar 1931, vorm. 9 Uhr im Gasthaus „Sohmann“ in Seegrehna:  
**Försterei Heinrichswalde:** Totalität Jagen 157 u. 158; 250 rm Scheit, Kloben und Knüppel von Eiche, Fichte und Kiefer.  
**Försterei Bleesern:** Durchforstung Jagen 171 und 172; 42 rm Kloben und Knüppel von Eiche und Kiefer, darunter 4 rm Eichensteile = 2,50 m lang.  
 Bezahlung kann im Termin erfolgen.  
 Der Preussische Staatsoberförster.

### Brennholzverkauf

der Oberförsterei Gräfenhainichen am Montag, den 9. Februar 1931, vorm. 9 Uhr im Gasthaus „Pannike“ in Schleezen:  
**Försterei Breske:** Durchforstung Jagen 121, 123, 125, 126, 130-134; 110 rm Scheit und Knüppel von Eiche und Fichte, 54 rm Scheit und Knüppel von Fichte und Erle, 21 Stk. Kiefern- und Fichten-Verhängen II. und III. Kl. 75 rm Scheit und Knüppel, 17 rm Kiefer I. Kl. von Kiefer und Fichte.  
**Försterei Naderkau:** Durchforstung Jagen 86, 89, 93 und 98; Totalität: Jagen 87, 88, 94-96, 103-107; 6 rm Eichen-Kloben = 2,50 m lang, 160 rm Kloben und Knüppel von Eiche und Kiefer.  
**Försterei Ellerborn:** Durchforstung Jagen 35, 49; Totalität: Jagen 22-27, 34, 36, 48, 80 rm Kiefern Scheit u. Knüppel.  
**Försterei Sarmen:** Durchforstung Jagen 20, 32 und 33; 84 rm Kiefern-Knüppel.  
 Bezahlung kann im Termin erfolgen.  
 Der Preussische Staatsoberförster.

Deute frisch eingetroffen  
**pr. engl. Vollfettbällinge**  
 ger. Schellfisch  
 ger. Seelachs  
 Lachs i. Del, Sardellen  
 Bratheringe,  
 Bratrollmops,  
 Sering in Gelee,  
 Kronsfadinen,  
 Rollmöpse,  
 Bismarckheringe,  
**Räucherwaren**  
 ab heute besonders billig  
**Otto Quinque, Kreuzstraße 15**  
 Dienstag früh wieder  
 billiger Hechtverkauf  
 frischer Schellfisch  
 frischer Goldbarsch  
 Fischfilet  
 grüne Heringe  
**P. Mierhsche, Burgstraße 36**

**Reise-Koffer**  
 in verschiedenen Grössen und Ausführungen  
**Richard Arnold, Leipziger Straße u. Markt**

**Zurchtbare Familiensagdie**  
 Laden, 26. Januar. Der Händler Max Martin erlitt in der Nacht zum Schlag eine Frau und seine drei Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren und sich dann selbst. Martin, der kreisbezüglicher ist, sollte sich einer Operation unterziehen. Man nimmt an, daß er aus Furcht vor einem unglücklichen Ausgang der Operation den Entschluß gefaßt hat, gemeinsam mit seiner Familie aus dem Leben zu scheiden.

### Neues Kapitalverbrechen in Berlin

Berlin, 26. Januar. Das dritte Kapitalverbrechen in einer Woche ist am Sonntag an dem Knuldrohlschloßberger Fritz Pohl aus der Frege-Strasse in Steglitz begangen worden. Pohl ist nach den bisherigen Ermittlungen ein unbekannter Täter vermuthlich aus dem Wogeninnen hinterlässt er sich gefunden worden und dann weil draußen im Wald südwestlich von Potsdam in den Chausseegraben auf der Chaussee nach Fersch geworfen worden. Der oder die Mörder haben dann die Mordopfer bis zur Anstaltstraße in dem Vorort Dahlem zurückgeführt und den Wagen mit brennenden Lichtern dort stehen lassen, wo er Sonntagfrüh von dem Hauswart eines Grundstücks entdeckt wurde. Wieviel Geld den Tätern in die Hände gefallen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. In den Taschen des Toten fand man noch 48 RM bares Geld und einen Wechsel mit seinem Namen, durch den die Identität mit dem verurteilten Führer des herrenlosen Autos festgestellt werden konnte.

**Erden. Bombenanschlag eines Arbeits-**  
 tolen. Auf der Anstalt Vorium ergrifferte vor dem Hause eines Wägenmeisters in der Neuen Straße eine Bombe. Die Ermittlungen nach dem Täter führten zur Verhaftung eines 23jährigen Arbeitstosen, der auf Vorium anständig ist. Der Verhaftete gibt zu, die Bombe gelegt zu haben; er will jedoch weder einen Raub noch einen politischen Grund gehabt haben, sondern gibt an, daß es sich um einen Dummengenenfreud gehandelt habe. Man nimmt an, daß wichtigste Ziel die Zerstörung für die Zeit gewesen ist. Verhaftete hat molter gestanden, bereits am 2. Januar eine Bombe gelegt zu haben, die aber nicht zur Entzündung gelangte und unbeschädigt gemacht werden konnte.

**Antifrost billiger!** Die Verkaufspreise für Antifrost-Preparate sind endlich ermäßig! Die kleine Packung, deren Inhalt zur Bekämpfung von 10 Silberröhren ausreicht, kostet jetzt nur noch 40 Pfg., die Original-Packung mit der doppelten Menge und einem Viertel Antifrost-Kapseln-Zug im Werte von 20 Pfg. dagegen 75 Pfg. Beim Einkauf der Original-Packung werden mit 25 Pfg. gespart. Die Antifrost-Preparate sind für Ihre Garantie und zahlt bei einem etwaigen Mischler sofort und anstandslos.

### Gadig.

Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Nishste

### Missionsabend

mit **Vichtbildervortrag** des Pfarrers Wohl-Causelbich, früherer Missionar, über: Die chinesische Christenheit und das chinesische Heidentum. Zu zahlreichem Besuch ladet herzlichst ein  
**Pfarrer Ahmus.**

### Rontobücher

Lohnbücher  
**Briefordner** **Locher**  
 empfiehlt **Richard Arnold**

Ihre Vermählung geben hiermit bekannt  
**Willy Schulze, Landwirt**  
**Minna Schulze, geb. Mühlbach**  
 Kemberg - Prohdauß Im Januar 1931.

### frische Brezeln

**Morgen Dienstag**  
 ab 2 Uhr  
**frische Brezeln**  
**O. Herrmann, Bäckerei**  
 Väterei Tel. 284 Conditorei

**Morgen Dienstag**  
 von 2 Uhr ab frische  
**Fasten-, Schaum-, Mohn- und Kümmel-Brezeln.**  
**O. Herrmann, Bäckerei**  
**Zum Schlachtefest**  
 empfiehlt  
 Pfeffer, schwarz 1/4 Pfd. 30 Pfg.  
 Pfeffer, weiß 1/4 Pfd. 35 Pfg.  
 Neugewürz 1/4 Pfd. 35 Pfg.  
 Kümmel 1 Pfd. 50 Pfg.  
 Majoran 1/4 Pfd. 25 Pfg.  
 Zwiebeln 1 Pfd. 5 Pfg.  
 Bestes Siedesalz 1 Ztr. 5 RM.  
**J. G. Glaubig**

**Ein Kalb**  
 zum Absehen  
 zu verkaufen  
**Leipziger Straße 4**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg - Fernsprecher Nr. 203.

den besten Kaufpreis erzielt. Die Verwendung der Antifrost-Preparate ist durch diese sehr weitgehende Garantie für jeden Käufer völlig sichergestellt.

### Bücher- und Zeitschriftenklub

Alle Ausgaben der heutigen (letzten) Zeit müssen noch überlegt sein. Früher war es eine Selbstverständlichkeit, monatlich einen bestimmten Betrag für geistige Interessen auszugeben. Heute muß fast überall in der Gegend werden, daß diese früher selbstverständlichen Ausgaben eingeschränkt werden. Es ist aber ein fastiges Ende sparen, denn niemand kann auf die Dauer ohne geistige Nahrung auskommen. Manche Stunde der Not wird leichter überwunden durch die Ablesung, die gute Literatur, das Wissen in schöne Bilderbelegungen und das Schlimmsten in fremde Länder durch Reisebeschreibungen führt, lang und gut durch Beschäftigung mit wertvollen geistigen Kulturwerten.

### Neues Kapitalverbrechen in Berlin

Berlin, 26. Januar. Das dritte Kapitalverbrechen in einer Woche ist am Sonntag an dem Knuldrohlschloßberger Fritz Pohl aus der Frege-Strasse in Steglitz begangen worden. Pohl ist nach den bisherigen Ermittlungen ein unbekannter Täter vermuthlich aus dem Wogeninnen hinterlässt er sich gefunden worden und dann weil draußen im Wald südwestlich von Potsdam in den Chausseegraben auf der Chaussee nach Fersch geworfen worden. Der oder die Mörder haben dann die Mordopfer bis zur Anstaltstraße in dem Vorort Dahlem zurückgeführt und den Wagen mit brennenden Lichtern dort stehen lassen, wo er Sonntagfrüh von dem Hauswart eines Grundstücks entdeckt wurde. Wieviel Geld den Tätern in die Hände gefallen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. In den Taschen des Toten fand man noch 48 RM bares Geld und einen Wechsel mit seinem Namen, durch den die Identität mit dem verurteilten Führer des herrenlosen Autos festgestellt werden konnte.

### Antifrost billiger!

Die Verkaufspreise für Antifrost-Preparate sind endlich ermäßig! Die kleine Packung, deren Inhalt zur Bekämpfung von 10 Silberröhren ausreicht, kostet jetzt nur noch 40 Pfg., die Original-Packung mit der doppelten Menge und einem Viertel Antifrost-Kapseln-Zug im Werte von 20 Pfg. dagegen 75 Pfg. Beim Einkauf der Original-Packung werden mit 25 Pfg. gespart. Die Antifrost-Preparate sind für Ihre Garantie und zahlt bei einem etwaigen Mischler sofort und anstandslos.

### Gadig.

Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Nishste

### Missionsabend

mit **Vichtbildervortrag** des Pfarrers Wohl-Causelbich, früherer Missionar, über: Die chinesische Christenheit und das chinesische Heidentum. Zu zahlreichem Besuch ladet herzlichst ein  
**Pfarrer Ahmus.**

### Rontobücher

Lohnbücher  
**Briefordner** **Locher**  
 empfiehlt **Richard Arnold**

Ihre Vermählung geben hiermit bekannt  
**Willy Schulze, Landwirt**  
**Minna Schulze, geb. Mühlbach**  
 Kemberg - Prohdauß Im Januar 1931.

### frische Brezeln

**Morgen Dienstag**  
 ab 2 Uhr  
**frische Brezeln**  
**O. Herrmann, Bäckerei**  
 Väterei Tel. 284 Conditorei

**Morgen Dienstag**  
 von 2 Uhr ab frische  
**Fasten-, Schaum-, Mohn- und Kümmel-Brezeln.**  
**O. Herrmann, Bäckerei**  
**Zum Schlachtefest**  
 empfiehlt  
 Pfeffer, schwarz 1/4 Pfd. 30 Pfg.  
 Pfeffer, weiß 1/4 Pfd. 35 Pfg.  
 Neugewürz 1/4 Pfd. 35 Pfg.  
 Kümmel 1 Pfd. 50 Pfg.  
 Majoran 1/4 Pfd. 25 Pfg.  
 Zwiebeln 1 Pfd. 5 Pfg.  
 Bestes Siedesalz 1 Ztr. 5 RM.  
**J. G. Glaubig**

**Ein Kalb**  
 zum Absehen  
 zu verkaufen  
**Leipziger Straße 4**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg - Fernsprecher Nr. 203.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Spesen ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streift usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschritte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Dienstag, den 27. Januar 1931

33. Jahrg

## Unsere Zahlungsbilanz 1930.

Aus den bisher vorliegenden Schätzungen über die Umsätze Deutschlands mit dem Ausland im Waren-, Dienst- und Kapitalverkehr heben sich drei Vorgänge als bestimmend hervor:

1. Die Bilanz des Warenhandels schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von 1,5 Milliarden Rm. ab (im Vorjahr war sie ausgeglichen).

2. Der Mittelsaldo aus dem Warenhandel und aus den Dienstleistungen (zusammen rund 1,9 Milliarden Rm.) hinter dem Passivsaldo aus Zinsausgaben und Reparationszahlungen zurück. Der Ausgleich ist, wie in allen Jahren seit 1924, durch einen Ueberschuß der Kapitaleinfuhr über die Kapitalausfuhr erfolgt.

3. Die „Ausfuhr“ kurzfristigen Kapitals war beträchtlich (sie beträgt mindestens 1,25 Milliarden Rm., nach der — bisher möglichen — rohen Schätzung 1282 Millionen Rm.). Sie war überwiegend durch die politischen Ereignisse bestimmt und hat vor allem in den Monaten September und Oktober stattgefunden. Diese Kapitalausfuhr geschah hauptsächlich in Form von Abziehung kurzfristiger ausländischer Kredite, durch Abfuhr deutscher Effekten, die sich in ausländischem Besitz befanden, und durch Abfluß deutscher Vermögen ins Ausland (Kapitalflucht). Im ganzen war aber trotzdem im Verlaufe des Jahres die Kapitaleinfuhr größer als die Kapitalausfuhr, und zwar, wie oben festgestellt, um rund 1 Milliarde Rm. gegenüber 2,9 Milliarden Rm. im Vorjahre.

Die Bilanzierung der Außenhandelsbilanz, die sich in der Tendenz seit 1928 angedeutet hat, ist zunächst ein struktureller Vorgang. Deutlich hat einen wesentlichen Teil seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen und der Reparationen aus dem Ueberschuß des Waren- und Dienstverkehrs gezahlt.

Dieser strukturelle Vorgang ist im Jahre 1930 durch die Wirkungen von Krisis und Depression in Deutschland und in der Weltwirtschaft verstärkt worden. Auf der einen Seite hat sich der Einfuhrbedarf der deutschen Wirtschaft stark vermindert. Ein großer Teil des Einfuhrbedarfs konnte zudem wegen der Preisstabilität auf den internationalen Rohstoffmärkten zu außerordentlich niedrigen Preisen gedeckt werden. Beide Momente zusammen haben die Summe der Einfuhmwerte stark vermindert. Auf der anderen Seite konnte Deutschland zwar seine Ausfuhr auch nicht im bisherigen Umfang aufrecht erhalten. Die Mängel der Ausfuhr waren aber nicht so groß wie die Verminderung der Einfuhr, zumal sich die Preisstabilität in der deutschen Ausfuhr wegen des hohen Anteils der Fertigerwaren bei weitem nicht so stark ausgewirkt hat wie in der Einfuhr.

Der Mittelsaldo der Dienstleistungen (der gegenwärtig noch nicht genau übersehen werden kann) ist mit einem niedrigeren Posten als im Vorjahre eingeleitet worden (Rückgänge im Schiffsverkehr usw., niedrigere Frachten). Der Passivsaldo der Zinsbilanz hat sich entsprechend der Zunahme der Verschuldung an das Ausland nicht unbedeutend erhöht. Die Reparationsleistungen sind im ersten Jahre des Monatsplans um fast 2½ Milliarden Rm. niedriger als im Normaljahr des Jahresplans.

Der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken hatte den ersten Stoß der Kreditfindungen und der Kapitalflucht im September und Oktober auszuhalten. Da er aber in den ersten Monaten des Jahres beträchtlich angewachsen war und im November des Jahres auch wieder zum Teil ausgefüllt wurde, beträgt die Verminderung per Saldo in den ersten 11 Monaten nur 376 Millionen Rm. (als Schätzung für das ganze Jahr wurde mit 375 Millionen Rm. gerechnet).

Als wichtigste Posten der neu aufgenommenen langfristigen Auslandsanleihen erscheinen die Danuanleihe, die Rindholzanleihe des Reiches und die große Siemensanleihe; unter den im Ausland neu aufgenommenen kurzfristigen Krediten tritt der Ueberbrückungskredit des Reiches hervor.

## Ein Wirtschaftsführer spricht.

Silberberg über die Lage.

München, 24. Januar.

Auf Einladung des Akademisch-politischen Klubs in München sprach Dr. Paul Silberberg über die Wirtschaftslage. Das für die deutsche Krise entscheidende Moment sah

er in der Kapitalverfälschung, die herbeigeführt sei durch die Tribute, das überhörschliche Hereinsteifen von Auslandsgeld zu Zinsfällen, die kein Volk erarbeiten könne, und weiter durch all die Schäden, die die planwirtschaftlich-kollektivistischen Experimente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugefügt hätten.

Von entscheidender Bedeutung sei die Wirtschaftspolitik und Finanzgebarung der öffentlichen Hand. Deshalb müsse die Wirtschaft verlangen, daß die Haushalte ausgeglichen würden. Die Balancierung der öffentlichen Haushalte müsse selbst auf Kosten neuer Steuern erfolgen, wenn es auf dem Wege der Sparmaßnahmen allein nicht gelinge. Hinreichend Arbeitszeit und Lohn gebe es den Unternehmern nicht darum, die arbeitenden Massen schlechter zu stellen, denn sie setzen sich der Bedeutung des Massenkonsums noch bevor.

Wir müßten aber aus der durch die Zwangswirtschaft herbeigeführten Eskalation des Lohnniveaus und der Geldkosten heraus, die uns gehindert habe, aus dem Abflinken der internationalen Rohstoffpreise für das eigene Land Nutzen zu ziehen. Wir müßten heraus aus der Zwangswirtschaft



dem Jahre 1931 von sämtlichen deutschen Staatsbahn-Unternehmungen zusammen erzielt wurden.

Bei dieser Lage fand der Minister einer weiteren Tariflenkung festlich gegenüber.

Er hofft aber, eine gewisse Herabminderung der Tarife im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Geleitz zu erreichen, das den Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Kraftwagen regeln soll.

Unter lebhafter Zustimmung des Ausschusses bezeichnete der Minister die Höhe der Gehälter der leitenden Beamten in der Reichsbahnverwaltung als nicht gerechtfertigt. Er sprach die Hoffnung aus, daß in der Sitzung des Verwaltungsrats am Montag eine Änderung erfolge.

In der allgemeinen Aussprache wurde von allen Rednern ein härterer Einfluß des Reichsverkehrsministers auf die Verhältnisse bei der Reichsbahn gefordert. Die Einzelberatung des Verkehrsrats soll am Montag erfolgen.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Starker Zugang Arbeitsloser aus dem Baugewerbe.

Berlin, 25. Januar.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung rund 2.500.000, aus der Arbeitsförderge rund 739.000 Arbeitslose unterstellt. Gegenüber dem vorigen Schätztag bedeutet das eine Zunahme um rund 230.000 bzw. rund 62.000.

Unter den am 15. Januar bei der Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Abzug der noch in Stellung oder in Vorarbeiten befindlichen — rund 4.765.000 Arbeitslose. Zu ihnen gehören außer den Unterstellungsplängern noch die von der öffentlichen Fürsorge Betreuten (Wohlfahrtsverweilende), ferner zahlreiche Arbeitslose, die am Schicksal der Warezzeit für die Arbeitslosenunterstützung durchzumachen haben oder die auf Grund der starken Fluktuation des Marktes sich im Uebergang zwischen verschiedenen, zum Teil kurzfristigen Beschäftigungen befinden.

Die Mitterung machte in weitem Umfange die Einstellung der Außenarbeiten notwendig. Dem entspricht der

starke Zugang an Arbeitsuchenden aus dem Baugewerbe und aus den mit ihm zusammenhängenden Berufsgruppen und Rohstoffindustrien, sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft der Bezirke Schlesien, Brandenburg, Hessen und Sachsen.

## Kollektivfindung in Oberschlesien.

Für alle Angestellten und Arbeiter im Erzgbergbau.

Gleiwitz, 25. Januar.

Auf Grund der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die Arbeiter im ober-schlesischen Erzgbergbau und des Schiedsgerichts über die Gehaltsregelung der Angestellten der Erzgbergbau wurde auf den drei ober-schlesischen Erzgbergbau eine Bekanntmachung angeordnet, in der es u. a. heißt:

Da die Bemühungen des Arbeitgeberverbandes durch das Schiedsgericht zu einer Neuordnung der Arbeitsbedingungen zu kommen, gescheitert sind, legen wir uns genötigt der geltenden Verträge vom 7. Februar d. J. zu kündigen. Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, ab 8. Februar d. J. neue Arbeitsverträge abzuschließen, werden wir nach vorheriger Fällungsabnahme mit der Arbeitervertreter in den nächsten Tagen durch Anschlag bekanntgeben.

## Reichsmittel für die Anknappschaffkasse.

Zur Ueberwindung der Schmiergeldkassen, in welche die Arbeiterpensionskassen im Bergbau wegen des Ausfalls bei den Einnahmen und des Rückganges in der Beschäftigung geraten sind, erhält diese Kasse für Februar und März aus Reichsmitteln je acht Millionen Reichsmark. In den letzten Monaten hat die Reichsanstalt aus eigener Einkünfte die Pensionen um rund 10 v. H. gekürzt. Die Ordnung der Verhältnisse für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr 1931 bleibt einseitig vorbehalten.

## Der Gehaltsstreit der Staatsangestellten.

Gewerkschaften beantragen Verbindlichkeitsklärung.

Berlin, 25. Januar.

Die Angestelltenorganisationen werden in dem Gehaltsstreit zwischen der Reichs- und der preussischen Staatsregierung und den Reichs- und preussischen Staatsangestellten die Verbindlichkeitsklärung des unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. Professor Dr. von Moellendorf gefällten Schiedsgerichts beantragen.

Dieser Schiedspruch hatte eine 5prozentige Gehaltssteigerung für die Reichs- und preussischen Staatsangestellten vorgesehen, und es war, wie verlautet, aus dem Grunde keine 5prozentige Gehaltssteigerung ausgeprochen worden, weil die Angestellten zu den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Das Reichsamt hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt. Auf Grund der Aussprache kann nicht angenommen werden, daß die Reichsregierung von sich aus ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung fordern wird, und es ist auch damit zu rechnen, daß der Reichsarbeitsminister Siewerwald dem Antrag der Gewerkschaften nicht folgen und den Schiedspruch nicht für verbindlich erklären wird. Es sind also unter dem Vorsitz des Schlichters neue Verhandlungen nötig.

Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß eine Steigerung in Höhe von 6 Prozent vom Nettogehalt notwendig ist, während man sich auf preussischer Seite mit einer Kürzung um 5 Prozent vom Bruttogehalt einverstanden erklären wird.

Sollte wider Erwarten in den Verhandlungen eine Einigung nicht zustande kommen, so tritt ab 1. Februar bei einer großen Anzahl von Angestellten ein tarifloser Zustand ein, und die Behörden werden absahn versuchen, Einzelverträge mit den Angestellten abzuschließen. Angesichts der gegenwärtigen Situation ist aber zu hoffen, daß diese Maßnahmen nicht durchgeführt zu werden brauchen, sondern daß es gelingt, zu einer Einigung zu kommen.

## Die Beschiebung der „Boden“.

Verhandlung vor dem Seeamt.

Hamburg, 25. Januar.

Das Hamburger Seeamt beschäftigt sich mit der Tragödie des Hapag-Dampfers „Boden“, der am 24. Oktober v. J. bei der Ausreise von Rio de Janeiro beschossen wurde. Mehr als 60 Menschen wurden damals durch einen Granatstreich getötet bzw. verwundet. Aus der Verleumdung der Vernehmungspolizei, meist von Mitgliedern der Besatzung, ergab sich, daß auf der Ausreise der Besatzung in Rio zwei den revolutionären Verhältnissen entsprechende Sondervermerke enthalten waren. Nach dem ersten Vermerk erklärte der Kapitän ferner, daß kein politischer Passagier an Bord sei; der zweite besagte, daß beim Passieren des Forts Santa Cruz das Schiff auf Signale abgeben müsse. Nach den Zeugenaussagen waren an dem Fort drei Signale aufgestellt, die von der Schiffsmannschaft nicht vorlesen wurden. Der Kommandant des Forts hat ausgesagt, daß er den Befehl erhalten habe, die Ausfahrt der „Boden“ zu verhindern. Auf die Warnungsschiffe des Forts hin habe die „Ba-